

nenbau gibt, liegt darin, dass die einzelnen Branchen so klein sind. Im Extremfall haben Unternehmen global nur zwei bis drei Mitbewerber:innen. Hinzu kommt eine historisch gewachsene Technikkultur mit extrem qualifizierten Fachkräften – sie ist die größte Stärke des Maschinenbaus. Und weil viele europäische Länder auf Sozialpartnerschaft setzen statt auf „hire and fire“, bleiben diese Fachkräfte auch über Jahrzehnte in einer Firma, was dem Aufbau von Knowhow und Spezialisierung sehr zuträglich ist.

Die Spezialisierung der Unternehmen ist so hoch, dass sie im globalen Maßstab kleine Märkte dominieren können. Erst der globale Markt schafft ausreichende Absatzmöglichkeiten für das enorme Ausmaß an Spezialisierungen, der europäische Markt allein wäre dafür zu klein. Der globale Maschinenbau ist also ein gewaltiges Netzwerk hoch spezialisierter Nischen, und die Größe des globalen Absatzmarktes macht Nischenindustrien erst rentabel. Der Weltmarkt ermöglicht ihre Spezialisierung und die Spezialisierung ermöglicht die beachtliche Innovationskraft dieser Unternehmen. Eine vom Weltmarkt abgekoppelte EU würde weniger Innovation in Sektoren wie dem Maschinenbau generieren. Hier geht es aber nicht um die Ausweitung des Konsums in einer Überflusgesellschaft. Hier geht es um den amorphen Sektor, der Veränderung produziert. Es geht genau um jene Innovationen, die wir benötigen, um Verkehrswende, Energiewende und Dekarbonisierung zu stemmen.

KAPITEL 7 **DIE SOZIAL-ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION** **ÖSTERREICHS**

Österreich ist umgeben von Regionen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu den dynamischsten Zentren der europäischen Industrie wurden, nämlich von Süddeutschland, Norditalien und der Schweiz. Hinzu kommen die neuen EU-Mitgliedsländer in Österreichs Nachbarschaft, denen seit den 1990er-Jahren eine ausgesprochen erfolgreiche Integration in den zentraleuropäischen Industriecluster gelungen ist (z.B. Kfz-Branche in der Slowakei, Maschinenbau in Tschechien). Österreich liegt sowohl auf einer Ost-West-Achse als auch auf einer Nord-Süd-Achse geografisch im Zentrum dieses mitteleuropäischen Industrieclusters. Obwohl die Alpenrepublik nicht so namhafte Konzerne aufzubieten hat wie der Maschinenbau in Süddeutschland (Bosch, Siemens), die Pharmabranche in der Schweiz (Roche, Novartis) oder der Fahrzeugbau in Norditalien (Fiat, Iveco), ist Österreich nicht nur mittendrin, sondern auch voll dabei. Die Industrie spielt in Österreich eine im internationalen Vergleich herausragende Rolle. In Westeuropa ist Deutschland das einzige Land, in

dem der Beitrag der Industrie zur Wertschöpfung noch höher ist. Norwegen steht zwar auf Platz eins, das liegt aber nur an den Ölvorkommen. Rankt man dieselben Länder nach dem verarbeitenden Gewerbe, also ohne Energiewirtschaft und Rohstoffextraktion, liegt Norwegen auf dem letzten Platz und Österreich knapp hinter der Schweiz auf Platz drei. Das verarbeitende Gewerbe ist in Österreich für 88 Prozent aller Exporte verantwortlich, gleichzeitig entfallen 61 Prozent der Wertschöpfung des Sektors auf Medium- und Hightech-Produktion.

Was tut man als eine der am höchsten industrialisierten Volkswirtschaften der (westlichen) Welt in Zeiten der Nachhaltigkeitswende? Man fokussiert auf die Rolle der Industrie im Prozess der ökologischen Transformation.

Wie weitreichend die politischen Weichenstellungen der EU für die Industrieproduktion in den Mitgliedsstaaten sind, war Thema in Kapitel 6. Die Aufgabe der österreichischen Wirtschaftspolitik besteht darin, zu antizipieren, welche Branchen in naher Zukunft an Bedeutung gewinnen werden. Einen vollständigen Überblick kann dieses Buch nicht geben.²⁰ Aus den aufgegriffenen Themen soll aber hervorgehen, wie man an den Sachverhalt herangehen könnte.

→ Alleine aufgrund der Regelungen, Zielsetzungen und budgetären Schwerpunktsetzungen der EU kann man annehmen, dass alternative Energieträger erheblich an Bedeutung gewinnen werden. Das betrifft die Produktion von

Windkraftanlagen oder Wärmepumpen (Maschinenbau) genauso wie ihre Installation (Anlagenbau und Handwerk) und ihren Betrieb (E-Wirtschaft). Österreich ist zum Beispiel als Mekka der Wasserkraft und als echter Platzhirsch beim Bau von Heizkesseln für einige dieser Trends gut aufgestellt.

- Recycling (von konventionellen Metallen über seltene Erden bis zu Batterien sowie Beton und Asphalt) wird wohl ebenfalls erheblich an Bedeutung gewinnen. Auch hier sind einige Unternehmen schon weit fortgeschritten, von der Aluminiumproduktion über das Ziegelrecycling bis zur Zellstoffherstellung.
- Der Bahnverkehr wird voraussichtlich an Bedeutung gewinnen, was sich auf das Streckennetz (Stahlindustrie) und die Garnituren (Bahnindustrie) auswirken wird. Österreich ist mit 15.000 Beschäftigten in der Branche der weltweit (!) viertgrößte Exporteur im Bereich der Bahnindustrie.
- Aus Gründen von Geoökonomie und Klub-Wirtschaftlichkeit (siehe Kapitel 6) wird es vermutlich zu Rückverlagerungen von Produktion nach Österreich kommen.

In welchen Bereichen Rückverlagerung wahrscheinlich und sinnvoll ist, sollte mittels einer nationalen Expertenkommission aus Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung prognostiziert werden. Wissenschaftlicher Kern einer solchen Kommission könnte die 2023 gegründete Plattform Lieferketten innerhalb des Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (Wifo) sein. Im Rahmen einer solchen Kommission lie-

ßen sich auch Branchen oder Gütergruppen identifizieren, in denen Österreich historische Stärken aufweist und eine grüne Umrüstung besonders beispielgebend wäre. Im Sinne einer industriepolitischen Partnerschaft könnten die entsprechenden Unternehmen und die öffentliche Hand hier „Flagships“ entwickeln, die weit über Österreich hinaus Strahlkraft entwickeln würden. Energieintensive Branchen wie die Stahlindustrie oder die Zellstoffindustrie, zwei Assets der österreichischen Volkswirtschaft, könnten hierfür ins Auge gefasst werden.

Ökologische Wirtschaftsentwicklung

Während der 1960er-Jahre lag der Anteil der gesamtwirtschaftlichen Investitionen (ohne Wohnbauten) in Deutschland bei knapp 18 Prozent des BIP. In Österreich, wo nur jüngere Daten verfügbar sind, lag diese Investitionsquote, die aussagt, wie sehr ein Land in seine wirtschaftliche Entwicklung investiert, Ende der 1970er-Jahre sogar bei über 21 Prozent. Bis in die 2010er-Jahre war dieser Anteil in beiden Ländern um jeweils rund drei Prozentpunkte gesunken. Das hat erheblich mit der Entwicklung der öffentlichen Investitionen zu tun, die sich in beiden Ländern seit den 1960er-Jahren halbiert haben – ein typisches Merkmal der neoliberalen Epoche. Die ökologische Umrüstung der bestehenden ökonomischen Kapazitäten erfordert nun die höchsten privaten und öffentlichen Investitionen innerhalb relativ kurzer Zeit seit den 1960er-Jahren. Verschiedene Schätzungen für

Deutschland und Österreich gehen von einem zusätzlichen Investitionsbedarf in der Höhe von 2 bis 3 Prozent der Wirtschaftsleistung pro Jahr aus. Die EU-Kommission schätzt den zusätzlichen Bedarf sogar auf 4,5 Prozent des BIP. Das würde für die kommenden Jahrzehnte Investitionsquoten erfordern, die in der Höhe jener der 1960er-Jahre oder sogar darüber liegen. Insofern ist es womöglich kein Zufall, dass die Staatsintervention in Zeiten ihr Comeback feiert, in denen außergewöhnlich hoher Investitionsbedarf besteht. Ohne Staatsintervention lassen sich solche Investitionsvolumen wohl gar nicht stemmen, während umgekehrt hohe Staatsinterventionen dann Akzeptanz finden, wenn die Gesellschaft vor entsprechend großen Aufgaben steht.

Die Umrüstung ist aber nur eine Quelle, aus der sich die industrielle Aktivität der nächsten Jahrzehnte speisen wird. Hinzu kommen die beschriebenen Effekte einer erhöhten industriellen Eigenproduktion in der EU, was sich in überdurchschnittlich industrialisierten Ländern wie Deutschland oder Österreich besonders auswirken dürfte. Die dargestellten Chancen einer grünen Reindustrialisierung müssen in Österreich ergriffen werden. Die gedeihliche Entwicklung der österreichischen Industrie ist aber nicht nur die Fortsetzung einer nationalen Erfolgsgeschichte. Sie ist auch ein Beitrag zur grünen Transformation der EU, die wiederum eine avantgardistische Rolle bei der globalen Bekämpfung des Klimawandels einnehmen sollte. Österreichs Wirtschaftspolitik kann die gesellschaftliche Aufgabe der nachhaltigen Transformation mit der Nützlichkeit einer zukunftstauglichen

ökonomischen Lebensader verbinden. Das alles weist nicht auf eine Deindustrialisierung hin. Vielmehr werden die Umrissse eines neuen Kraftfeldes ökonomischer Dynamik sichtbar. Dieses Kraftfeld lässt sich als „ökologisches Akkumulationsregime“ bezeichnen.

Dieser Begriff bezeichnet jenen Produktionsmodus, der die volkswirtschaftliche Dynamik zur Entfaltung bringt. Zu Henry Fords Zeiten trieb die Koppelung aus industrieller Massenproduktion und Massenkonsum die Wirtschaft an, später gekoppelt mit keynesianischer Konjunkturpolitik (siehe Kapitel 1). Ab den 1980er-Jahren waren der Finanzsektor und seine Shareholder-Value-Logik für das Wirtschaftsgeschehen und die Wirtschaftspolitik maßgeblich (siehe Kapitel 2). Für die Gegenwart zeichnet sich ab, dass die Wende zur Nachhaltigkeit die wirtschaftlichen Prozesse der nächsten Jahrzehnte vorantreiben wird. Die sektorübergreifenden Auswirkungen eines solchen Umbaus sind so umfassend, dass erhebliche Teile der Volkswirtschaft davon erfasst wären. Das betrifft bei Weitem nicht nur den Industriesektor inklusive Energieerzeugung, sondern auch etliche Dienstleistungsbranchen im Bereich des Handwerks, der Mobilität und der Softwareentwicklung. Ein ökologisches Akkumulationsregime ist eine wirtschaftliche Lebensader, die eine Generation lang, wenn nicht darüber hinaus, Kraftzentrum der Volkswirtschaft sein kann. Im Unterschied zum neoliberalen Zeitalter, aber auch zum interventionistischen Zeitalter, muss das innerhalb der planetaren Grenzen geschehen, bzw. in Form eines klimafreundlichen Lebens. Das Ziel der öster-

reichischen Wirtschaftspolitik sollte sein, die Etablierung eines ökologischen Akkumulationsregimes aktiv zu forcieren.

Österreich kann und soll den neuen wirtschaftspolitischen Rahmen der EU aktiv nützen. Die Skepsis gegenüber staatlichem Handeln im Bereich der Industrie ist historisch gesehen nicht aus der Luft gegriffen, wie in Kapitel 4 beschrieben. Insofern wäre es wichtig, von allen Seiten unvoreingenommen an die Sache heranzugehen. Wir brauchen vor allem im Sinne der ökologischen Transformation industriepolitisches Engagement, der Markt kann die ökologische Frage im 21. Jahrhundert genauso wenig lösen, wie er die soziale Frage im 19. Jahrhundert lösen konnte. Das bedeutet aber nicht Verstaatlichung der Großindustrie und Schaffung eines Bundesministeriums für Verkehr und verstaatlichte Betriebe wie anno 1949. Vielmehr geht es um Kooperation zwischen privaten und staatlichen Akteur:innen, eine neue Industriepolitik, Forschungsförderung, Clusterbildung, Ausbildungsprogramme und Mut zu öffentlichem Venture-Kapital. Gleichzeitig braucht es absolute Transparenz (inklusive der vollständigen Abschaffung des Amtsheimnisses) und ein permanentes öffentliches Screening staatlicher Industriepolitik. Die ideologische Wand zwischen den Sphären gehört eingerissen, öffentliche und private Initiativen sollten wie hybride Zahnräder ineinandergreifen.

Eine neue Industriepolitik

Die europäischen Rahmen-Instrumente für die ökologische Transformation wurden bereits ausführlich erläutert – vom CO₂-Zoll über das Lieferkettengesetz bis hin zu neuen Finanzmitteln. Die nationale Politik kann die sich dadurch öffnenden Spielräume für Industriepolitik nützen. Harvard-Ökonom Dani Rodrik und die Koryphäe der industriepolitischen Forschung Mariana Mazzucato haben Bedingungen für die neue Industriepolitik identifiziert.²¹ So sollten staatliche Zuschüsse oder Darlehen an gesellschaftspolitisch wünschenswerte Auflagen wie Emissionsreduktion geknüpft sein. Mazzucato spricht überdies von der Notwendigkeit „geduldigen“ Kapitals, das nicht dem kurzfristigen Denken des Finanzkapitalismus unterworfen ist. Der Anteil der privaten Innovationen, die scheitern, liegt zwischen 70 und 95 Prozent. Aber wie schon der austro-amerikanische Ökonom Joseph Alois Schumpeter betonte, dieses Trial and Error zahlt sich allemal aus, um die wenigen erfolgreichen Innovationen zur Entfaltung zu bringen. Dem Staat kommt bei kostspieligen und langfristigen Basisinnovationen eine wichtige Rolle zu. Internet, GPS, Mikroprozessoren und Touchscreens kommen alle aus staatlichen Labors und nicht aus dem Silicon Valley, wie Mazzucato nachweist. Sie schließt daraus, dass der Staat ein weitsichtiger und wenig risikoscheuer Investor sei.

Die öffentliche Hand könnte Standorte, die von Schließung bedroht sind, aber dennoch Potenzial haben, übernehmen,

um dort Innovationen zu testen, für die die Privatwirtschaft einen zu kurzen Atem hat. Ein Beispiel dafür wäre das wirtschaftlich rentable MAN-Produktionswerk für Lkw im oberösterreichischen Steyr gewesen, das 2021 vor der Schließung stand. Es wäre durchaus naheliegend gewesen, dieses Werk gezielt zu fördern. Nicht zuletzt deshalb, weil 2019 mit der Produktion von Elektrotrucks begonnen worden war. Bundes- und Landesregierung hätten in enger Abstimmung mit Wissenschaft, Sozialpartner:innen, heimischen Industriellen und Branchenexpert:innen eine Perspektive entwerfen können, das Werk zu einem innovativen Projekt im Bereich ökologischer Mobilität weiterzuentwickeln, mit dem Segen der EU (etwa im Rahmen der weiter oben beschriebenen IPCEIs) oder sogar mit EU-Geldern (etwa im Rahmen des EU-Wiederaufbauplans NextGenerationEU). Man hätte dort Wege gehen können, die sich die Privatwirtschaft selbst noch nicht zutraut. Dies hätte in Kooperation mit MAN, bei Desinteresse aber auch ohne den Konzern geschehen können. Eine Investorengruppe unter Mitwirkung der öffentlichen Hand hätte das Werk in Form eines Private-Public-Venture-Capital-Modells übernehmen können. Eine solche staatliche Beteiligung wäre eine weitreichende öffentliche Intervention gewesen. In den meisten Fällen geht es nur darum, private Investitionen mittels Regulierung oder durch öffentliche Subventionen in gewisse Richtungen zu lenken. Wichtig ist, die Vergabe dieser Gelder im Sinne von Rodrik und Mazzucato an Bedingungen zu knüpfen, um die Transformation nicht nur innovativ und nachhaltig, sondern auch sozial inklusiv zu gestalten.

Die Dekarbonisierung der Industrie

Das Klimaministerium hält fest, dass der Anteil energie- und emissionsintensiver Industrien in Österreich besonders hoch ist (Stahl, Zement, Chemie). Auf sie entfallen 40 Prozent der Wertschöpfung und 61 Prozent des Energieverbrauchs der gesamten Industrie. Das Ministerium stellt spezifisch für die Umrüstung der Industrie bis 2030 einen Transformationsfonds von drei Milliarden Euro zur Verfügung. Außerdem soll der Einsatz von grünem Wasserstoff einer klaren Priorisierung folgen. Die offizielle österreichische Wasserstoffstrategie sieht vor, diese knappe Ressource für Industrie und Schwerverkehr zu verwenden und nicht für die Kfz-Mobilität.

In einer umfassenden Studie haben renommierte österreichische Forschungseinrichtungen die Herausforderungen bei der Dekarbonisierung der Industrie konkretisiert.²² Der energie- und emissionsintensivste Industriesektor ist die Eisen- und Stahlerzeugung. Das liegt an einem im internationalen Vergleich hohen Anteil an Primärproduktion wegen der von den Nazis geschaffenen (Über-)Kapazitäten in Österreich, die nach dem Krieg mit Geldern aus dem Marshallplan nachgerüstet wurden. Während die Eisen- und Stahlindustrie in Deutschland „nur“ für ein Viertel aller Industrieemissionen verantwortlich ist, beträgt ihr Anteil in Österreich beinahe die Hälfte. Tatsächlich investiert die voestalpine ein Volumen von rund 1,5 Milliarden Euro, um je einen Elektrolichtbogenofen in Linz und einen in Leoben-Donawitz zu errichten, die

beide 2027 in Betrieb gehen sollen. Erste Fördergelder aus dem Transformationsfonds sind dafür bereits geflossen und wurden auch an Bedingungen geknüpft, etwa die Quantifizierung gesicherter Arbeitsplätze und die Ausarbeitung von Qualifizierungsmaßnahmen. Gleichzeitig sollte die öffentliche Hand Schritte setzen, um das saubere, aber energieintensive Verfahren durch Netzinfrastruktur zu unterstützen und die Bereitstellung grünen Stroms zu forcieren. Genehmigungsverfahren für Leitungen oder Windparks sollten beschleunigt werden.

Gemäß der Studie entfallen überdies 20 Prozent aller Emissionen auf den Bereich Steine/Erden/Glas, davon wiederum zwei Drittel auf die in Österreich ebenfalls außergewöhnlich große Zementindustrie. Für diesen Sektor spielen Carbon-Capture-Technologien eine herausragende Rolle, um das im Prozess frei werdende CO₂ einzufangen. In der energieintensiven Papierindustrie, die in Österreich ebenfalls bedeutsam ist, geht es laut Studie darum, Erdgas durch Biomasse oder den Einsatz CO₂-neutraler Gase zu ersetzen. Für alle Sektoren sind die Themen Recycling (z.B. Stahlschrott), Kreislaufwirtschaft und Strom aus Alternativenergien von Bedeutung. Die spezifischen Kosten der Umrüstung der gesamten Industrie in Richtung Cleantech lassen sich aufgrund zahlreicher unklarer Parameter nur schwer abschätzen, aber ein zweistelliger Milliardenbetrag gilt in der Studie als plausibel, was eine erhebliche Aufstockung der aktuell vorgesehenen Mittel erfordert.

Kreislaufwirtschaft und Recycling

Der österreichische Baustoffkonzern Wienerberger, immerhin der größte Ziegelproduzent der Welt, arbeitet intensiv an recycelbaren Materialien. Weil sich das Material gut wiederwenden lässt, sind die in den letzten Jahren eingeführten Produkte zu über 90 Prozent recycelbar. Unter dem Stichwort Urban Mining arbeitet man auch an der Nutzung von Sekundärrohstoffen aus alten Gebäuden oder Deponien. Mittlerweile geht es sogar darum, vollständige Elemente von Gebäuden, wie Wände, wiederzuverwenden. Lagerhallen oder Produktionsstätten aus Ziegel könnten künftig wie Container aufgebaut, für einige Jahre angemietet und wieder zusammengeklappt werden. Damit ändert sich aber nicht nur der Materialeinsatz, sondern auch das Geschäftsmodell. Der Konzern würde zumindest in dieser Sparte weniger Ziegel produzieren als bisher, dafür aber Immobilienservices anbieten, Auf- und Abbau inklusive. Insofern würde die industrielle Wertschöpfung zugunsten einer industrienahen Dienstleistung sinken.

Die AustroCel in Hallein (Sbg.), ein Hersteller von Zellstoff und Bioenergie, sieht sich überhaupt als Vorreiterin der Kreislaufwirtschaft. Der Rohstoff ihrer Produktion ist schon ein Abfallprodukt, nämlich Sägespäne, die bei der Holzverarbeitenden Industrie entstehen. Laut eigenen Angaben verfügt das Unternehmen über die weltweit größte Anlage zur Erzeugung von Bioethanol, der Energieverbrauch ist zu 99 Prozent dekarbonisiert, obendrein kommt AustroCel dem

Zero-Waste-Ziel immer näher. Ein anderes Unternehmen, das sich intensiv mit Recycling beschäftigt, ist der Aluminiumhersteller AMAG in Ranshofen (OÖ). Aluminium benötigt beim Recycling nur 5 bis 10 Prozent der Energie im Vergleich zur Primärherstellung. Mit einem Schrotteinsatz (also Recycling) von bis zu 80 Prozent liegt das Unternehmen weltweit im Spitzenfeld. Das Werk Ranshofen ist nach AMAG-Angaben der größte Aluminiumrecycler in Europa.

Kreislaufwirtschaft und Recycling sind neben der Dekarbonisierung zentrale Bestandteile einer grünen Industrie. Es gibt vonseiten des Klimaministeriums seit 2022 eine entsprechende Strategie mit zahlreichen Zielen zur Senkung des Verbrauchs und zur Steigerung der Kreislaufquote. Die Prozesse können von der österreichischen Politik in vielfältiger Weise beeinflusst werden. Bei der politischen Umsetzung der Kreislaufwirtschaft geht es um Regulierungen, Förderungen, Verfahrensvereinfachungen oder Kriterien der öffentlichen Beschaffung.

Wenn konkretere Maßnahmen formuliert werden, wird es kleinteilig und technisch. In der schon genannten Kurzstudie zur „Transformation zur Kreislaufwirtschaft“ des Wifo hört sich das so an:

- Kreislaufwirtschafts-Kriterien bei der Vergabe von Wohnbauförderungen
- Förderung ressourcenschonender & zirkulärer Bauweisen

- Deponieverbote, Verwertungsgebote, Mindestanteile von Recyclingbaustoffen
- Anwendungsorientierte Forschung für die Nutzung von Sekundärrohstoffen
- Berücksichtigung schadstoffarmer und recyclingfähiger Güter in der öffentlichen Beschaffung
- Biogasanlagen in den Biomasse-Wertschöpfungskreislauf integrieren
- Förderung von KI-unterstützten Sortier- und Textilrecyclingtechnologien

Die Kreislaufwirtschaft ist von der Thematik her weder plausibel noch sexy. Das trifft auf viele Aspekte der ökologischen Transformation zu, wo es oft um unscheinbare Verfahrenserleichterungen, spezifische Anreizmechanismen oder überfällige Datenverknüpfungen geht. Die Thematik ist so „nerdig“, dass sie parteipolitisch nur bedingt verwertbar ist. Das ist aber auch eine Chance, denn was sich zur Polarisierung nicht eignet, wird von populistischer Seite womöglich nicht unnötig torpediert.

Chancen der Transformation nützen

Die in Kapitel 2 genannte Studie von Eco Austria, „Perspektiven des zukünftigen Produktportfolios des österreichischen Außenhandels“, geht viel kaufmännischer an das Thema heran. Dort wird nach Chancen für die österreichische Exportindustrie gesucht, grüne Produkte sind ein Bestandteil

davon. Die Bestandsaufnahme der Studie ist durchaus optimistisch: „Zudem zeigt sich am aktuellen Rand, dass Österreich zu einem höheren Anteil in grüne Produkte (gemäß Listen der WTO und OECD) spezialisiert ist als andere EU-Länder. Im Jahr 2019 entfielen mehr als elf Prozent der Exporte Österreichs auf grüne Produkte.“ Auch werden in der Studie 250 Produkte innerhalb der technologischen Reichweite der österreichischen Exportindustrie identifiziert. Unter diesen Produkten mit Zukunftspotenzial befinden sich einige im Bereich des optischen Equipments und der mechanischen Maschinen(-teile), die für die ökologische Transformation als besonders relevant erachtet werden. Aus einer Studie von Fraunhofer Austria, „Transformation der österreichischen Fahrzeugindustrie“, aus dem Jahr 2022 wiederum geht hervor, dass durch die Elektrifizierung der Branche die Wertschöpfung in Österreich stärker wachsen dürfte als die globale Branche, weil „viele Unternehmen im Bereich der Leistungselektronik ihre Kernkompetenzen haben“. Davon dürften u.a. Hersteller wie Infineon profitieren. Das Unternehmen hat vor drei Jahren eine Hightech-Chipfabrik für Leistungselektronik am Standort Villach eröffnet. Die Studienergebnisse weisen insgesamt auf eine Zunahme der Industrieproduktion im Kontext der Ökologisierung der Produktion hin. Die Wirtschaftspolitik muss sich also nicht nur mit den Effekten der inländischen ökologischen Transformation auf Industrieproduktion und Beschäftigung auseinandersetzen, sondern auch mit der Nachfrage nach österreichischen Gütern im Zuge der ökologischen Transformation im internationalen Maßstab.

Wirtschaftsplanung am Reißbrett im zuständigen Ministerium einer Hauptstadt ist zum Scheitern verurteilt. Um die Fehler der früheren Industriepolitik zu vermeiden, müssen politische Entscheidungen auf Basis dezentral eingeholter Information erfolgen. Deshalb beginnt nachhaltige Industriepolitik bei einer systematischen Vernetzung der Akteur:innen. In Österreich gibt es über 80 Cluster zur regionalen und überregionalen Vernetzung von Branchen, Verwaltung und Wissenschaft, die in der Regel von den Bundesländern aufgezogen werden. Das Wirtschaftsministerium vernetzt diese föderale Vielfalt im Rahmen einer nationalen Clusterplattform. Mehrere regionale Cluster legen ihren Fokus spezifisch auf Nachhaltigkeit, beispielsweise der Cleantech-Cluster OÖ, der Cluster Erneuerbare Energien Tirol oder das Green Tech Valley für die Steiermark und Kärnten. Für diese Nachhaltigkeits-Cluster braucht es einen österreichischen Dachverband als eigenen Rechtskörper, der von Wirtschafts- und Klimaministerium gemeinsam getragen wird. Der Dachverband sollte weder nach Länder- noch nach Ressortlogik, sondern strikt nach Branchenlogik funktionieren. In einem ersten Schritt geht es um einen internen Austausch, der Synergien fördert, sowie um Kooperation mit anderen Dachverbänden wie „Erneuerbare Energie Österreich“ oder dem Umweltdachverband. Darüber hinaus sollten Berufsschulen, Höhere Technische Lehranstalten und technische Studiengänge in permanentem Kontakt mit dem österreichweiten Netzwerk und seinen Betrieben stehen. Der Dachverband sollte nicht nur den Austausch mit Bildungseinrichtungen organisieren, sondern einen permanenten Dialog mit der nationalen und

europäischen Politik herstellen sowie mit Verwaltung und Wissenschaft. In diesem Bereich muss ein Biotop mit Vorträgen, Konferenzen und einem Fachmagazin entstehen. Gleichzeitig müssen Forderungen an die Politik artikuliert werden, was Infrastrukturbedarf oder Qualifikationserfordernisse im ersten und zweiten Bildungsweg betrifft.

Der Hochschulsektor sollte unabhängig davon vernetzt werden. Es gibt zahlreiche naturwissenschaftliche und technische Studiengänge an Universitäten und Fachhochschulen in Bereichen wie Energie- und Umweltmanagement, Industrielle Umweltschutz- und Verfahrenstechnik, Umwelt- und Bioressourcenmanagement oder Ökotoxikologie. Diese Studiengänge sollten systematisch und unabhängig vom Hochschultyp (FH oder Universität) vernetzt werden, um Synergien zu nützen. Der Kontakt eines solchen Netzwerks zur Wirtschaft, speziell zur riesigen Szene einschlägiger KMUs, und zur Verwaltung sollte institutionalisiert werden. Eine eigene Fachhochschule zu nachhaltiger Industrieproduktion mit ein bis zwei Standorten könnte etabliert werden, mit Schwerpunkten wie metallverarbeitende Industrie, Holz/Zellstoff, Chemie/Kunststoff und nachhaltige Baumaterialien. Gleichzeitig braucht es eine enorme Aufwertung von Lehrberufen wie Elektrotechnik, Gebäude- und Installationstechnik, aber auch Speditionskaufmann/frau für die ökologische Optimierung der Logistik. Für alle Lehrberufe, die für die ökologische Transformation von Bedeutung sind, sollte es das Angebot von Lehre mit Matura in eigens dafür eingerichteten Berufsschulen an mehreren Standorten in Öster-

reich geben. Die Bildung von Branchen-Clustern sowie die Erweiterung der Qualifikationen sind von politischer Seite zwei wichtige Schritte zum systematischen Ausbau einer nachhaltigen Industrie in der Alpenrepublik.

Die Etablierung eines ökologischen Akkumulationsregimes im Allgemeinen und einer Industriepolitik zur ökologischen Transformation im Speziellen umfasst wesentlich mehr Baustellen, als hier ausgeführt werden können. Hinzu kommt der Umstand, dass die industrielle Produktion nur eine von mehreren Großbaustellen der ökologischen Transformation ist. Dazu gehören die private Energieversorgung mit Strom und Wärme, der Verkehrssektor, die Landwirtschaft etc. Da der Fokus dieses Buches auf der Produktion liegt, werden die anderen Baustellen einmal außen vor gelassen. Deren Transformation wird die wirtschaftliche Dynamik aber mindestens so antreiben wie die grüne Umrüstung der Industrie.

Selbstredend gibt es noch ganz andere gesellschaftliche Herausforderungen in Österreich, etwa den Pflegesektor umfassend auszubauen und das zunehmend dysfunktionale öffentliche Gesundheitssystem von null weg neu zu denken. In einer Studie des Foundational Economy Collective werden diese Sektoren unter „Alltagsökonomie“ zusammengefasst. Auch lokale Dienstleistungen wie Friseursalons oder Handwerksbetriebe, die Energie- und Wasserversorgung sowie die lokale Versorgung mit Lebensmitteln, Medikamenten und Drogerieprodukten fallen darunter. Ein ganzheitlicher volkswirtschaftlicher Ansatz wird nicht den einen Sektor gegen

den anderen ausspielen. Der industrielle Sektor ist ja kein Selbstzweck, sondern soll die gesamte materielle Basis – von Baumaterial bis Lebensmittel, von Medikamenten bis Strom, von Aufzügen und Rolltreppen bis zu medizinischem Gerät – für unseren Alltag zur Verfügung stellen. Insofern bedingen sich beide Sektoren. Denn ohne unbezahlte Reproduktionsarbeit, ohne Kindergärten, öffentliche Pflegeeinrichtungen und Gesundheitsversorgung kann der industrielle Sektor nicht funktionstüchtig sein.

Andererseits müssen alle wohlfahrtsstaatlichen Instrumente, genauso wie andere sozial- oder bildungspolitische Ausgaben, nachhaltig finanziert werden. In diesem Buch geht es nicht um die monetäre Finanzierung im Sinne dessen, welche Steuern oder Abgaben herangezogen werden sollen. Vielmehr geht es um die Frage, wo die volkswirtschaftliche Dynamik generiert wird, auf deren Grundlage der Ausbau des Wohlfahrtsstaates geschehen soll. Hier kommt das ökologische Akkumulationsregime ins Spiel, von dem man in Industrie, industrienahen Dienstleistungen, Handwerk und Verkehr eine erhebliche Dynamik erwarten darf. Ohne diese Sektoren gibt es keine Alltagsökonomie und ohne Alltagsökonomie keine dynamische Entfaltung in diesen Sektoren. Die ökologische Umrüstung unserer materiellen Basis sichert aber nicht nur Wohlstand und damit den Wohlfahrtsstaat nachhaltig ab, sondern ist auch eine Chance, über neue Akzentsetzungen im österreichischen Wohlfahrtsregime nachzudenken.

Die Arbeits- und Konsumkultur neu denken

Die Wirtschaftsleistung pro Kopf hat sich in Österreich seit 1980 verdoppelt. Das ist erst einmal verblüffend, weil es den Menschen gefühlt damals schon recht gut ging. Es ist aber auch insofern erstaunlich, als viele Menschen eine pessimistischere Wahrnehmung von der Entwicklung des Wohlstands in den letzten Jahrzehnten haben. Das hat drei Ursachen: Erstens hatte sich die Wirtschaftsleistung zwischen 1960 und 1980 bereits mehr als verdoppelt, also innerhalb eines viel kürzeren Zeitraums. Der Aufschwung vollzog sich für die Nachkriegsgeneration wesentlich rasanter als für deren Nachkommen. Zweitens ist die Verteilung der Einkommen und Vermögen ungleicher geworden. Die Schieflage in der Verteilung hat objektiv dazu geführt, dass gewisse Bevölkerungsgruppen kaum vom Anstieg des Wohlstands profitierten oder überhaupt am Arbeitsmarkt aussortiert wurden. In Kombination mit einer neoliberalen Rhetorik, der zufolge nur die Fitten überleben, schuf dies ein Klima permanenter Unsicherheit. Die Ökonomen Markus Marterbauer und Martin Schürz heben in ihrem Buch „Angst und Angstmacherei“ hervor, dass die neoliberale Ideologie mit zwei Angstbildern arbeitet: Unter Versagensangst verstehen sie, herkömmlichen Ansprüchen nicht zu genügen und sich für gesellschaftliche Probleme (Arbeitsplatzverlust, Wohnraumproblematik) individuell verantwortlich zu fühlen. Die Sorge, im Verhältnis zum eigenen Umfeld sozial abzustiegen, bezeichnen sie hingegen als Statusangst. Die Liberalisierung des Arbeits-

markts, wie sie beispielsweise in Deutschland im Rahmen der Hartz-Reformen erfolgte, triggere beide Ängste.

Trotz Globalisierung, Rationalisierung und globaler Wirtschafts- und Finanzkrise sind in Österreich auch die mittleren Einkommen über die Jahrzehnte gestiegen. Natürlich sind größere Einkommen und Unternehmensgewinne stärker angestiegen (darum die zunehmende Ungleichheit). Nichtsdestotrotz wuchsen die Einkommen der Mittelschicht auch in dieser Phase weiter an. Wie ist es möglich, dass sich trotz eines objektiv steigenden mittleren Lebensstandards subjektiv Pessimismus breitmacht? Dies führt zum dritten Punkt, weshalb viele Menschen den Eindruck haben, es werde eher schlechter als besser: Das Konsumniveau der Menschen ist gegenüber 1980 stark angewachsen und der Wunsch, mit dem sozialen Umfeld mithalten zu können, führt bei kontinuierlich ungleicherer Einkommensverteilung zu zunehmendem Stress.

Der Ökonom Thorstein Veblen erkannte bereits 1899 einen Zusammenhang zwischen Konsum und Status. Hinter dem „Geltungskonsum“ steht eine Haltung, die davon ausgeht, dass das eigene Sozialprestige vor allem vom materiellen Lebensstandard abhängt. Der Ökonom James Dusenberry stellte 1949 fest, dass der Konsum einer Person maßgeblich vom Konsum in ihrem sozialen Umfeld bestimmt wird. Das bedeutet z.B., dass eine Bewohnerin einer Wohnsiedlung durch Geltungskonsum die Nachbarn unter Stress setzen kann. Um nicht an Sozialprestige zu verlieren, müssen diese auch einen

riesigen Flatscreen oder gar einen SUV anschaffen. Eine ungleichere Verteilung führt also nicht nur zu objektiven Unterschieden, sondern auch zu subjektivem Stress. Das macht unglücklich, wie die Epidemiologen Richard Wilkinson und Kate Pickett in ihrer umfassenden sozialmedizinischen Studie „Gleichheit ist Glück“ 2009 feststellten. Da dieser Statuswettbewerb beim Konsum nicht nur Quelle gesellschaftlichen Unbehagens ist, sondern auch natürliche Ressourcen weiter verknappt und zu Schadstoffausstoß führt, ist das Thema nicht nur eine philosophische Frage. Sich damit auseinanderzusetzen, ist auch ein Beitrag zum Kampf gegen Klimawandel, Flächenfraß und Zerstörung der Biodiversität.

Die ökologischen Folgen des gegenwärtigen Produktions- und Konsummodells werden auch in Österreich immer drastischer spürbar: Gletscher verschwinden, Seen trocknen aus, Wasserspiegel sinken, durch zu frühe hohe Temperaturen gefolgt von Frost entstehen Ernteverluste, Extremwetterereignisse nehmen zu: Die sich anbahnende Klimakatastrophe gefährdet unsere Lebensgrundlagen. Es ist völlig offensichtlich, dass der Planet überfordert wird. Alle Fachleute betonen, dass Ressourcenverbrauch und Schadstoffemission in den reichen Staaten schrumpfen müssen. Die jährlich steigende Effizienz der Ressourcennutzung reicht dazu nicht aus, denn bisher wurden Effizienzgewinne leider stets durch Mehrkonsum kompensiert (Rebound-Effekt). Effizientere Motoren führten nicht zum Rückgang des Treibstoffverbrauchs, sondern zur Anschaffung größerer und schwererer Autos. Bleibt man in dieser Logik, dann können

technische Neuerungen allein keine Lösung bringen. Wachsender Wohlstand soll auf langlebigeren Gütern besserer Qualität aufbauen. Dennoch würden alle in zehn Jahren leistungsfähigere Smartphone-Software haben als heute, denn die Qualität der Produkte wird zunehmen, solange es technischen Fortschritt gibt. Aber nicht die Anzahl der konsumierten Produkte muss wachsen, sondern die Lebensdauer der Produkte muss zunehmen und die Herstellung muss wesentlich nachhaltiger erfolgen.

Wir stehen vor enormen ökologischen Herausforderungen, wodurch soziale Schiefen aus den neoliberalen Jahrzehnten nochmals verschärft werden. Gleichzeitig stellen sich im Angesicht von Statuswettbewerb und Konsumkultur philosophische Fragen. Die Rückkehr wirtschaftspolitischer Intervention ist nicht nur eine Chance für die grüne Transformation der Wirtschaft und die Etablierung eines ökologischen Akkumulationsregimes. Sie ist auch eine Chance, soziale, gesellschaftliche und philosophische Fragen neu zu beantworten. Es gibt, so die plausible These des Ökonomen David Graeber, unglaublich viele Beschäftigte in etlichen Branchen, die ihre eigene Tätigkeit als Bullshit Jobs einstufen. Das sind als sinnlos empfundene Berufe, die etwa Vorgesetzte wichtig aussehen lassen sollen, die Arbeit dokumentieren, ohne selbst welche zu verrichten, oder sinnlose Aufgaben verteilen (z.B. im mittleren Management). Das ist in Zeiten, in denen Arbeitskräfte knapp werden und viele Herausforderungen anstehen – von der ökologischen Transformation bis zur Pflege –, alarmierend. Es ist wohl an der Zeit, sich von Fake-Be-

rufen, deren Sinnlosigkeit die Beschäftigten noch dazu psychisch belastet, zu verabschieden.

Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit wäre eine geeignete Maßnahme, um die Erreichung mehrerer Ziele parallel zu ermöglichen. Am radikalsten würde eine postmaterielle Arbeitszeitverkürzung wirken. Die künftigen Einkommen würden nur noch mit der Inflation wachsen (konstante reale Monatseinkommen) und der gesamte Zuwachs an Produktivität in Form von mehr Freizeit konsumiert (höhere reale Stundenlöhne ermöglichen trotz konstanter Monateinkommen immer kürzere Arbeitszeiten). Würden die Realeinkommen ab sofort konstant gesetzt, würde dies bei einem durchschnittlichen jährlichen Produktivitätswachstum von 1,5 Prozent eine kontinuierliche Halbierung der Arbeitszeit innerhalb von 46 Jahren bedeuten. Unsere Enkelkinder würden dann zweieinhalb Tage in der Woche arbeiten. Die parallel steigende Effizienz der Nutzung von Ressourcen würde zu einem rückläufigen Ressourcenverbrauch und geringeren Schadstoffausstoß führen. Die Lebensqualität würde steigen, und durch die nicht weiter wachsende Warenmenge würde die exzessive Konsumkultur gehemmt. Begleitet werden sollte der Prozess von Maßnahmen in Richtung einer gleicheren Einkommensverteilung. Einkommenssteigerungen der Kapitaleigner:innen sollten steuerlich abgeschöpft und an die unteren Einkommensgruppen verteilt werden – die einzigen, deren Kaufkraft noch steigen würde. Wenn die Freizeit zunimmt, der materielle Wohlstand aber nur noch im unteren Einkommensdrittel steigt – die Ungleichheit also abnimmt –,

dann verliert der Statuswettbewerb an Bedeutung. Und damit würde ein erheblicher Treiber von Stress in der modernen Wohlstandsgesellschaft deutlich abgemildert.

Eine Alternative zur postmateriellen Arbeitszeitverkürzung wäre eine materielle Arbeitszeitverkürzung. Das bedeutet beispielsweise eine raschere Reduktion der Arbeitszeit von Vollzeitbeschäftigten auf z.B. 32 Stunden (Vier-Tage-Woche) bei vollem Lohnausgleich (sprich, die realen Stundenlöhne steigen vorübergehend stärker als die Produktivität). Dabei handelt es sich um eine umverteilende Maßnahme zwischen Kapitaleigner:innen einerseits und Arbeitnehmer:innen andererseits. Davon würde nicht nur das unterste Drittel, sondern auch die Mittel- und Oberschicht der Lohnkommensbezieher:innen profitieren. Nach Abschluss der Umverteilungsphase wachsen die Einkommen jedes Jahr um den Produktivitätszuwachs weiter. Eine Dämpfung des privaten Konsumwachstums, des damit verbundenen Ressourcenverbrauchs sowie des Konsumismus als Lifestyle ist jedoch nicht wahrscheinlich, wenn die reale Lohnsumme jährlich entsprechend der Produktivitätsentwicklung wächst. Ob ein permanentes reales Einkommenswachstum für die Ober- und Mittelschicht in Zeiten der Nachhaltigkeit weiterhin wünschenswert und ökologisch verkraftbar ist, wäre Gegenstand gesellschaftlicher Grundsatzdiskussionen.

Mehr Zeit statt mehr Konsum könnte für jene Leute, die mit ihrem Einkommen grosso modo zufrieden sind, auch durch individuelle Wahlrechte für kürzere Wochenarbeitszeit um-

gesetzt werden. Die in gewissen Branchen etablierte kollektivvertraglich verankerte Freizeitoption, also mehr Freizeit statt mehr Lohn, zeigt, dass der Wunsch nach Zeit statt Geld weit verbreitet ist. Es geht hier nicht darum, ein Modell zu favorisieren, sondern den Denkraum zu öffnen, wie Arbeitszeitverkürzung gestaltet werden kann und welche Ziele damit erreicht werden können. Je materialistischer der Ansatz ist, desto mehr beschränkt sich die Arbeitszeitverkürzung auf Ziele der Umverteilung, je postmaterieller, desto mehr ökologische und philosophische Ziele finden Berücksichtigung.

Nicht nur der Produktionsfaktor Arbeit könnte im Laufe der Jahrzehnte entlang eines kontinuierlichen Pfades reduziert werden, sondern – im Sinne der planetaren Grenzen – auch die Produktionsfaktoren Energie und natürliche Ressourcen. In Bereichen mit hoher Recyclingquote könnten strenge Auflagen für den Neuverbrauch eingeführt werden. Im Energiesektor verweist der Ökonom Jakob Kapeller auf das in Japan längst etablierte Top-Runner-Prinzip. Bei wichtigen Massenprodukten wird der energieeffizienteste Anbieter von Behördenseite zum Standard erhoben. Die anderen Anbieter:innen müssen in einer vorgegebenen Frist nachziehen, oder es kommt schrittweise zu Sanktionen. Für Kapeller verdeutlicht das japanische Prinzip, wie die Innovationskraft von Märkten in Koppelung mit staatlichen Eingriffen für gesellschaftlich bedeutsame Weichenstellungen genutzt werden kann.

Arbeit, Energie, natürliche Ressourcen – offenbar sollen wesentliche Inputs unserer Volkswirtschaft sinken. Der Ökonom Rainer Land unterscheidet in diesem Zusammenhang ökonomisches Wachstum von ökonomischer Entwicklung. Während das materielle Wachstum unvermeidlich irgendwann an seine planetaren Grenzen stößt, wird es wirtschaftliche Entwicklung immer geben, so die These. Hier sind sowohl Innovationskraft als auch gesellschaftliche Steuerung elementar. Natürliche Ressourcen sollen a) durch technische Innovation effizienter eingesetzt werden und b) durch politische Intervention effizienter verwendet werden. Damit bekommt das ökologische Akkumulationsregime einen volkswirtschaftlichen Modellcharakter: Es handelt sich um einen Produktionsmodus, in dem, angetrieben durch Innovation und Intervention, der Einsatz von natürlichen Ressourcen und Arbeit sinkt, während die Effizienz der Ressourcennutzung und die Arbeitsproduktivität steigen. Zu einem Akkumulationsregime gehört jedoch, so der französische Regulationstheoretiker Alain Lipietz, nicht nur ein Produktions-, sondern auch ein Konsummodus. Letztlich geht es um einen Konsum ohne Rebound-Effekt, sprich, höhere Effizienz der Ressourcennutzung darf nicht zu ressourcenintensiverem Konsum führen. Dafür bedarf es einer radikalen Form der Kreislaufwirtschaft, in der Leasen und Mieten (bis hin zum Carsharing) genauso zum Konsum-Lifestyle gehören wie eine umfassende Second-Hand-Kultur. Parallel muss die Politik entsprechende Anreize setzen, von Reparaturboni über eine Ausweitung des Pfandsystems bis zu erhöhten Konsumsteuern auf gewisse Neuanschaffungen.

Mit einem ökologischen Akkumulationsregime bestünde für Österreich die Chance, Vorreiter für eine Arbeits- und Konsumkultur nach dem Neoliberalismus zu werden. Die Reichweite eines potenziellen Austrian Way of Life soll man dabei nicht überschätzen. Klar ist aber, dass ein Land, das nicht zur wirtschaftlichen Peripherie zählt, sondern zum absoluten Kern des Europäischen Wirtschaftsraums und zu den wohlhabendsten Ländern in der EU gehört, mit seinen sozialen Innovationen eine gewisse Beachtung finden wird. Die Kombination aus Wohlstand, Produktivität, Effizienz der Ressourcennutzung, kurzen Arbeitszeiten, Lebensqualität, und das in fantastischer Natur, wo sich die Freizeit auch gut verbringen lässt, schwingt derzeit mit, wenn man an Norwegen denkt. Österreich ist mit seiner Industrie, mit seiner Landschaft, mit seinem Wohlstand in jeder Hinsicht prädestiniert, die gleichen Assoziationen zu wecken.

Wenn das volkswirtschaftliche Konsumniveau in Zukunft qualitativ statt quantitativ wachsen soll und die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit künftig abnimmt, muss sich auch die Produktion entsprechend anpassen. Während hochrelevante und CO₂-neutrale Sektoren wie das Pflege- oder Gesundheitswesen wachsen müssen, weil hier Mangel herrscht, zeigen Statuskonsum, Wegwerfgesellschaft und Flächenfraß, dass extensives Wachstum nicht unendlich sein kann. Wir benötigen in Zeiten der Klimakrise aus industriepolitischer Sicht gezielte Intervention in bestimmte Bereiche. Das heißt, die Demokratie muss definieren, welche Branchen wachsen und welche schrumpfen müssen. Das ist konträr

zum Neoliberalismus, der die Wirtschaftspolitik der Phase der Konsumentfaltung war. Wenn es um die Wahl zwischen neuer Couchgarnitur und neuen Gartenmöbeln geht, dann reicht von staatlicher Seite ein solider Konsumentenschutz. Wenn es um die nachhaltige Umrüstung des Wirtschaftslebens geht – wo auch Knappheit verwaltet werden muss –, dann muss die Demokratie lenkend eingreifen.

Das Foundational Economy Collective unterscheidet, welche Branchen wachsen sollen (Alltagsökonomie – Kindergärten, Lebensmittelversorgung etc.), welche transformiert werden sollen (z.B. Kfz-Industrie) und welche schrumpfen sollen (z.B. Finanzsektor). Das ist womöglich etwas pauschal, denn in vielen Ortschaften gibt es nicht zu wenig Lebensmittelversorgung, sondern zu viel – Flächenfraß durch Parkplätze inklusive. Die Wasserversorgung braucht keinen Ausbau, sie funktioniert einwandfrei, so wie sie ist. Und das Gesundheitssystem sollte mittelfristig auf jeden Fall ausgebaut werden – aktuell stellt sich aber die Frage, ob die Verwendung vorhandener Ressourcen nicht das größere Problem ist. Dennoch hilft der Zugang als Orientierung und Diskussionsgrundlage. Denn der Staat kann durch direktes Engagement (Aufbau einer öffentlichen Pflegeinfrastruktur, Ausbau des öffentlichen Verkehrs) sowie durch industriepolitische Interventionen (Regulierungen, Subventionen) in diesen Prozess eingreifen. Um Fehler der Vergangenheit zu vermeiden, gilt es hier, ein Gleichgewicht zu wahren: Einerseits braucht es im Post-Neoliberalismus ambitionierte und transparente Vorgaben vonseiten der Demokratie, wohin die Reise im Gro-

ben gehen soll. Andererseits sollte die öffentliche Hand Mikro-Management meiden und in Bezug auf klientelistische Reflexe permanent durch Zivilgesellschaft und Medien kontrolliert werden. Die sozialen Dienstleistungen müssen wachsen, der Finanzsektor und die fossilen Industrien müssen schrumpfen – damit lehnt man sich nicht weit aus dem Fenster. In der EU, aber speziell in Österreich, wird auch die industrielle Produktion wachsen. Ob dieses Wachstum zur Produktion von Geräten zur Magnetresonanztomografie oder für die Produktion von Jetskis verwendet wird, ist aber eine Frage gesellschaftlicher Ausverhandlung. Die Diskussion, ob uneingeschränkter individueller Konsum ein Menschenrecht ist, oder ob die Gesellschaft im Sinne des Gemeinwohls Vorgaben machen soll, wird uns dabei permanent begleiten.

FAZIT

In Kapitel 1 haben wir festgestellt, was die historische wirtschaftspolitische Leistung der Nachkriegsjahrzehnte war. Sie bestand in der Bändigung des Kapitalismus auf nationaler Ebene durch Intervention. In Kapitel 2 haben wir festgestellt, dass Intervention im Rahmen der neoliberalen Globalisierung rückabgewickelt und die Zähmung des Kapitalismus schlaffer wurde. In Kapitel 3 haben wir den Standortwettbewerb als das zentrale Instrument zur Unterbindung demokratischer Intervention identifiziert und einen Überschuss an Wettbewerb in der Gesellschaft diagnostiziert. In Kapitel 4 haben wir festgestellt, dass der Neoliberalismus keine Verschwörung war, sondern eine Reaktion auf objektive Fehler des Nachkriegskapitalismus – wenn Intervention das Salz in der Suppe der Gesellschaft ist, kann man die Suppe auch versalzen. In Kapitel 5 wurde herausgearbeitet, dass der Neoliberalismus nicht in der Lage ist, die großen Fragen der Gegenwart – von der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit bis zur Rückkehr der Geopolitik – adäquat zu beantworten, und die Intervention deshalb ein Comeback feiert. In Kapitel 6 haben wir festgestellt, dass sich diese Erkenntnis

auf EU-Ebene schon seit 2019 herumgesprochen hat und die Union seit damals eifrig an einem interventionistischen Rahmen bastelt, der wohl eine grüne Re-Industrialisierung der EU befördern wird. In Kapitel 7 schließlich wurde diskutiert, welche nationalen Interventionen der neue EU-Rahmen für Österreich ermöglicht, wie daraus ein ökologisches Akkumulationsregime erwachsen könnte und welche sozialen und philosophischen Fragen durch die Rückkehr der Intervention neu gestellt werden können.

Das interventionistische Engagement der EU führt, so die Hoffnung, zur dringend gebotenen Nachregulierung der wirtschaftlichen Außenbeziehungen. In Kapitel 3 haben wir festgestellt: Wer heute eine Ware in Tirol produziert und in Österreich verkauft, muss soziale, steuerliche, ökologische, kollektivvertragliche und viele andere Auflagen erfüllen. Das alles sind Folgen der Bändigung des Kapitalismus durch politische Interventionen in den Markt. Mit den EU-Reportings, dem CO₂-Zoll und vor allem dem Lieferkettengesetz geht es darum, diese internen Regulierungen extern nachzuholen. Dass sowohl der Inflation Reduction Act der US-Regierung als auch der Green New Deal der EU mit Eigeninteressen verbunden sind, steht außer Frage. Immerhin sind Biden und von der Leyen auch ihren Bürger:innen gegenüber verantwortlich. Die EU operiert teilweise aus Eigennutz (Technologieführerschaft bei Halbleitern), teilweise aus hehren Motiven (Klimaschutz, Menschenrechte), meistens aber vermengen sich beide Motive, wie beim CO₂-Zoll. Der ist gut für den Klimaschutz und für die europäische Stahlproduk-

tion. Das ist unterm Strich eine vernünftige, realpolitische Mischung.

Dennoch ist die interventionistische Wirtschaftspolitik der EU, und es ist wichtig, sich das zu vergegenwärtigen, kein Protektionismus oder Wirtschaftsnationalismus. Es geht, wie das österreichische Klimaministerium festhält, nicht darum, einen Wettbewerbsvorteil für eine Region zu erzielen. Die EU versucht nicht im Sinne eines Nullsummenspiels wirtschaftliche Vorteile auf Kosten anderer zu generieren. Die interventionistische Wirtschaftspolitik ist mit Zöllen, Importbeschränkungen oder sonstigen Maßnahmen der Trump-Administration, gemäß einer „America first“-Ideologie, nicht gleichzusetzen. Der Geist, den die EU-Maßnahmen atmen, heißt Intervention, nicht nationale Protektion. Darum wird nicht nur das Weltklima davon profitieren, sondern es nutzt auch etlichen Beschäftigten in Schwellen- und Entwicklungsländern sowie der Natur. Die Einhaltung von EU-Standards wird zur globalen Hebung des zivilisatorischen Niveaus beitragen.

Einige Unternehmen in einigen Branchen werden in einigen Ländern die Standards aber nicht einhalten können. Die Jobs und Produktionsweisen, die dadurch verlorengehen, sind genau jene, deren Aufrechterhaltung aufgrund negativer gesellschaftlicher Effekte ohnedies nicht wünschenswert ist. Wenn sich Produktion ohne Ausbeutung, ohne Kinderarbeit, lokale Umweltschädigung oder enorme Schadstoffemission nicht rentiert, dann soll sie nicht stattfinden. Möglicherweise

übernimmt dann ein marokkanisches Unternehmen die Rolle eines Zulieferers aus Bangladesch, möglicherweise wird gleich in Westeuropa produziert. Die ökosozialen Regulierungen werden eine stärkere Produktion in der EU begünstigen, insofern haben sie eine protektionistische Schlagseite, wenngleich das nicht die eigentliche Intention ist.

Politische Intervention ist nie neutral, die Regulierungen und industriepolitischen Initiativen der EU werden gewisse Märkte begünstigen und andere benachteiligen. Ein Land wie Albanien, das direkt an die EU grenzt („near shoring“), das halbwegs demokratisch funktioniert und in der NATO ist („friend shoring“), und das nicht auf fossile Rohstoffexporte angewiesen ist, sondern Güter im Bereich Landwirtschaft und Textilindustrie exportiert, kann durchaus profitieren. Drastisch sind hingegen die Folgen für typisch fossile Exportstaaten. Wenn es der EU gelingt, bis 2050 klimaneutral zu werden, ein Ziel, das sich auch die USA, Japan und Kanada gesteckt haben (China für 2060, Indien für 2070), dann wird das fossile Geschäftsmodell seine Grundlage verlieren. Insofern hat auch die durch Regulierungen und industriepolitische Akzente vorangetriebene Energiewende eine protektionistische Schlagseite, weil ausländische Importe durch inländische Produktion ersetzt werden. Dabei verschwinden aber Produktionsstrukturen, die in Kapitel 5 als billige Importdrogen ausgemacht wurden. Die Produktionsstruktur der betroffenen Staaten ist global gesehen nachteilig und hat keine Zukunft. Aber: Das, was verloren geht, hätte gar nie entstehen sollen. Hinzu kommt, dass fast alle betroffenen

Länder an dem leiden, was auch als Rohstofffluch bezeichnet wird – die Errichtung einer Diktatur auf Basis eines Modells der Rohstoffextraktion. Mit Ausnahme des ölreichen Norwegens betrifft das ausnahmslos Staaten, deren Bevölkerung zu wünschen ist, dass das politische Modell zusammen mit dem ökonomischen sein Ende findet. Eine industriebasierte Volkswirtschaft bietet, im Gegensatz zum Rohstofffluch, auch bessere Voraussetzungen für eine politische Demokratisierung.

Die interventionistische Wirtschaftspolitik steht auch nicht im Gegensatz zum Multilateralismus, also zur grenzübergreifenden Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen Staaten. Gewiss, das Kapital des Partnerlandes kann nicht mehr tun, was es will (Dumping-Produkte in die EU führen), aber das europäische Kapital kann auch nicht mehr tun, was es will (Rohstoffe aus Kinderarbeit einkaufen). Und damit sind die Koordinaten im Gegensatz zum Trump-Protektionismus völlig anders ausgerichtet. Es geht um demokratische Intervention versus ungehemmten Kapitalismus statt um Land X gegen Land Y. Das galt schon für das interventionistische Zeitalter, dessen wesentliche Merkmale wirtschaftlich gesehen allesamt auf den Binnenmarkt ausgerichtet waren: die keynesianische Konjunktursteuerung, die produktivitätsorientierte Lohnentwicklung, der Aufbau des Wohlfahrtsstaates. Diese Weichenstellungen entsprangen mitnichten protektionistischen Motiven. Es waren Erscheinungen des ewigen Matches zwischen ungehemmtem Kapitalismus und demokratischer Intervention.

Heute arbeitet die EU-Kommission an der Regulierung des Außenhandels und der Stärkung des Binnenmarkts, so wie es der Nationalstaat im 20. Jahrhundert getan hat. Der Zählung des Kapitalismus auf übernationaler Ebene wird nun die Tür aufgestoßen. Insofern deckt sich der Befund von heute mit jenem des Jahres 1996: „Nur ein geeintes Europa kann im entfesselten Global-Kapitalismus neue Regeln des sozialen Ausgleichs und der ökologischen Umgestaltung durchsetzen“, schrieben Harald Schumann und Hans-Peter Martin in der „Globalisierungsfalle“. Ja, der Weg raus aus der Globalisierungsfalle führt über die Europäische Union. In diesem Sinne lässt sich auch der französische Präsident Emmanuel Macron verstehen, der 2017 an der Sorbonne sagte: „Allein Europa kann tatsächliche Souveränität gewährleisten.“ Das Schlagwort von der europäischen Souveränität, das auch Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen und EU-Ratspräsident Charles Michel im Munde führen, verweist auf den Wunsch, demokratische Kontrolle über Herausforderungen auszuüben, die einzelne Mitgliedsstaaten überfordern. Erst Europa ermöglicht Augenhöhe zwischen Kapital und Demokratie. Wir brauchen keine marktkonforme Demokratie, sondern einen demokratiekonformen Markt. Damit politisches Handeln wieder real spürbar für den demokratischen Souverän wird, nämlich die Bevölkerung. So kann die Demokratie ihr Versprechen wieder einlösen, Wohlstand und Lebensqualität der großen Mehrheit zu befördern. Das schafft auch Vertrauen und politische Legitimität. Wir brauchen wieder eine Hochphase der Demokratie.

ANMERKUNGEN

- 1 Das ist in Anbetracht der globalen Konkurrenz bemerkenswert, siehe Kapitel 2, und angesichts der ökologischen Transformation eine Herausforderung, siehe Kapitel 7.
- 2 Busch und Land (2010)
- 3 Sinn (1997)
- 4 Konrad-Adenauer-Stiftung (2022)
- 5 Die OECD schätzt die tatsächliche heimische Wertschöpfung im Export mit einem aufwendigen Verfahren und deshalb gibt es immer ein paar Jahre Verzögerung bei den Daten.
- 6 Die Definition der Österreichischen Nationalbank (ÖNB) lautet: Direktinvestitionen sind grenzüberschreitende Unternehmensbeteiligungen mit einem Anteil von mindestens zehn Prozent am stimmberechtigten Kapital. Ab diesem Schwellenwert wird ein längerfristiges Engagement des Investors am Unternehmen unterstellt. Beteiligungen unter zehn Prozent werden als Portfolioinvestitionen bzw. Sonstige Investitionen klassifiziert.
- 7 Eco Austria (2024)
- 8 Siebert (1996)

- 9 Mit der Ausnahme Griechenlands wiesen die südlichen Euroländer Ende der 1990er-Jahre gegenüber Deutschland noch ausgeglichene Bilanzen im Außenhandel auf. Bis 2007 erreichte das Defizit Frankreichs gegenüber Deutschland 1,1 Prozent des BIP, jenes Italiens 1,8 Prozent und jenes Spaniens 2,3 Prozent (TiVa-Daten der OECD).
- 10 Aiginger und Sieber (2009): „Die selektive Intervention in die europäische Kohle- und Stahlindustrie stand am Beginn der europäischen Einigung. Der EGKS (1951) war eine planungsnahe Intervention in der Eisen- und Stahlindustrie, einschließlich der Koordinierung von Investitionen, Kapazitätsstilllegungen, Produktionsmengen und Preisen. Es gelang tatsächlich, die konjunkturellen Schwankungen und die Investitionszyklen zu dämpfen. Der Preis dafür waren jahrzehntelange Subventionen und letztlich eine verzögerte Anpassung an die sich verändernden Marktbedingungen nach Abschluss der Wiederaufbauphase und dem Aufkommen alternativer Energieträger und neuer Materialien.“
- 11 Jeffrey Sachs ist geistiger Mitverursacher des wirtschaftlichen Kollapses und gesellschaftlichen Niedergangs Russlands in den 1990er-Jahren. Dass dieser Mann nun die Nerven hat, in russischen Propaganda-Talkshows die Weltsicht des Kremles auf den Angriffskrieg gegen die Ukraine zu verteidigen, ist eine Chuzpe, die ihresgleichen sucht.
- 12 Siehe dazu einen aufschlussreichen Artikel von Wolfgang Weisgram im *Standard* vom 15. Jänner 2015 mit dem Titel: „Die Mappe des Alfred Dallinger“.
- 13 Krämer und Brandt (2022)
- 14 Die Industrie (inklusive der E-Wirtschaft) kann Zertifikate erwerben, um CO₂ emittieren zu dürfen. Die zur Verfügung stehende Menge sinkt jährlich. Die kontinuierlich sinkende Menge wird mittelfristig zu steigenden Preisen für CO₂-Zertifikate führen. Dadurch soll der Anreiz für Unternehmen steigen, CO₂-neutrale Produktionsprozesse zu entwickeln. Branchen, in denen das erst spät oder gar nicht möglich ist, werden in 20 Jahren die verbleibenden Zertifikate, die sehr knapp sein werden, zu hohen Preisen erwerben müssen. Eines der größten aktuellen Probleme besteht allerdings darin, dass die Zuteilung der Zertifikate offenbar deutlich zu großzügig ausgefallen ist. Überdies sind viele Sektoren nicht erfasst, die Aufnahme des Schiffsverkehrs und des Gebäudesektors wurde im EU-Parlament erst 2023 beschlossen. Die bislang ausgenommenen Bereiche sollten durch die nationalen CO₂-Bepreisungen wie die österreichische CO₂-Steuer erfasst werden. Diese werden zwar bei den Unternehmen eingehoben, zielen aber darauf ab, dass die Preiserhöhung an die Konsument:innen weitergegeben wird. Das Ziel ist ein Lenkungseffekt beim Konsumverhalten. Im Jahr 2027 sollen die nationalen Systeme im europäischen Emissionshandel aufgehen.
- 15 Das fliegt dem Westen am Ende dann in der UNO-Vollversammlung um die Ohren, wenn ein erheblicher Teil der Staaten des Südens bei einem offenkundigen russischen Aggressionskrieg nicht Position für die Ukraine beziehen möchte, weil der „koloniale Westen“ das tut. Politisch besonders brisant wird es, wenn Westen und Demokratie gleichgesetzt werden und jene Länder, die gegen den „kolonialen Westen“ opponieren, gleichzeitig mit autoritären Regimes sympathisieren.
- 16 Schmidt und Wörner (2022)
- 17 DERA (2023)
- 18 IPCEIs haben transnationalen Charakter, Unternehmen bzw. Forschungseinrichtungen können sich im Rahmen eines europäischen Konsortiums beteiligen. Laut Wirtschaftsministerium sind derzeit sechs österreichische Unternehmen am IPCEI Wasserstoff beteiligt, drei Unternehmen am IPCEI Mikroelektronik und sechs Unternehmen am IPCEI Batteries.

- 19 Was in diesem Zusammenhang unterschätzt wird, ist die Bedeutung von Industriebranchen abseits des Fahrzeugbaus. Im „Autoland“ Deutschland lag die Wertschöpfung in der Herstellung von Kraftwagen im Jahr 2021 bei 128 Milliarden Euro und damit bei 3,5 Prozent des BIP. Der Maschinenbau trägt auch knapp drei Prozent zum BIP bei, ebenso der Sektor Chemie/Kunststoff/Pharma. Der Beitrag des Sektors Elektrik/Elektronik/Optik liegt, ebenso wie jener der Metallindustrie, bei über zwei Prozent. Hinzu kommt, dass andere Branchen beschäftigungsintensiver sind als der hochautomatisierte Fahrzeugbau. Aufgeschlüsselt nach Beschäftigung liegt der Fahrzeugbau „nur“ auf Platz drei hinter Maschinenbau und Chemie/Kunststoff/Pharma. Destatis: *Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen* (2022). *Wichtige Zusammenhänge im Überblick*.
- 20 Alleine die petrochemische Industrie, also die gesamte Erzeugung von Kunststoffen, steht vor der enormen Herausforderung, sich von fossilen Rohstoffen zu lösen. Da geht es nicht nur um Plastik, sondern auch um hochwertige Kunststoffe und Hightech-Materialien, die sich in Medikamenten oder Outdoorjacken finden. Mit der Dekarbonisierung von Kunststoffen beschäftigt sich beispielsweise die Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für nachhaltige Energieträger.
- 21 Mazzucato und Rodrik (2023)
- 22 AIT (2021)

QUELLEN

- Ahlener Programm der CDU der britischen Zone vom 3. Februar 1947: <https://www.kas.de/de/einzelartikel/-/content/das-ahlener-programm-der-cdu-der-britischen-zone-vom-3.-februar-1947>
- Aiginger, Karl; Sieber, Susanne (2009): *Industriepolitik in Österreich: von selektiver Intervention zu einem systemischen Ansatz?*, Wifo Working Paper 337/2009
- AIT Austrian Institute of Technology GmbH, Österreichische Energieagentur, Montanuniversität Leoben, Energieinstitut an der Johannes Kepler Universität Linz (2021): *Klimaneutralität Österreichs bis 2040 – Beitrag der österreichischen Industrie*, 2021
- Altwater, Elmar (2007), zitiert nach: Pressemeldung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 1.3.2007: *Linke Kritik am Emissionshandel*: <https://www.rosalux.de/pressemeldung/id/3670/linke-kritik-am-emissionshandel>
- Babler, Andreas (2009): *Medien, Strategien und Kommunikation in Arbeitskämpfen am Beispiel der Semperit Traiskirchen*, Master-Thesis in Politische Kommunikation an der Universität für Weiterbildung Krems, 2009
- Beck, Ulrich (1983): *Jenseits von Stand und Klasse?*, in: Kreckel, Reinhard (Hrsg.): *Soziale Ungleichheiten*, (Soziale Welt Sonderband 2), Verlag Otto Schwartz, 1983

- Berger, Johannes (1996): *Was behauptet die Modernisierungstheorie wirklich – und was wird ihr bloß unterstellt?*, in: Leviathan, Berliner Zeitschrift für Sozialwissenschaft 24.1, 1996
- Blair, Tony (2005): Parteitagssrede der Labour Party vom 13. Februar 2005: <https://www.theguardian.com/politics/2005/feb/14/labour.speeches>
- Blau, Paul (1999): *Das Erbe verschleudert, die Zukunft verspielt – Ein Jahrhundert Arbeiterbewegung*, Verlag Kremayr & Scheriau, 1999
- Breuss, Fritz (2016): *Wirtschaftliche Auswirkung von „1989“*, in: Sammelband/Themenheft: Wolfgang Müller (Hg.): *Österreich und die Folgen von 1989*, Austriaca, Österreichische Akademie der Wissenschaften, 2016
- Busch, Ulrich; Land, Rainer (2010): *Teilhabekapitalismus – Fordistische Wirtschaftsentwicklung und Umbruch in Deutschland 1950 bis 2009*. In: Forschungsverbund Sozioökonomische Berichterstattung (Hrsg.): *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung in Deutschland. Teilhabe im Umbruch*. Zweiter Bericht, Kapitel 4, VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010
- Bush, George W. (2002): *Remarks by the President on Trade Promotion Authority*, 4. April 2002: <https://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/04/text/20020404-4.html>
- CATO Institute: Griswold, Daniel T. (2004): *Trading Tyranny for Freedom How Open Markets Till the Soil for Democracy*, in: Trade Policy Analysis No. 26, CATO Institute, 2004
- Crouch, Colin (2004): *Postdemokratie*, Suhrkamp Verlag, 2004
- DERA – Deutsche Rohstoffagentur in der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (2023): *Abschlussbericht der Dialogplattform Recyclingrohstoffe*, DERA Rohstoffinformationen 58, 2023
- Diamond, Larry (1989): *Beyond authoritarianism and totalitarianism: Strategies for democratization*, in: Washington Quarterly 12.1., 1989
- Diamond, Larry (1992): *Economic development and democracy reconsidered*, in: American Behavioral Scientist 35.4–5, 1992
- Dispan, Jürgen; Schwarz-Kocher, Martin (2014): *Maschinen- und Anlagenbau in Deutschland: Entwicklungstrends und Herausforderungen; eine Literaturstudie*, Informationsdienst des IMU-Instituts, Hans-Böckler-Stiftung, 2014
- Eco Austria: Bittó, Virág; Koch, Philipp; Schwarzbauer, Wolfgang (2024): *Perspektiven des zukünftigen Produktportfolios des österreichischen Außenhandels*, FIW Research Reports, Jänner 2024, Studie N 01/24
- Florida, Richard (2005): *Cities and the creative class*, Routledge, 2005
- Foundational Economy Collective (2020): *Die Leistungsträgerinnen des Alltagslebens. Covid-19 als Brennglas für die notwendige Neubewertung von Wirtschaft, Arbeit und Leistung*, November 2020
- Fraunhofer Austria: Sala, Alessandro et. al. (2022): *Transformation der österreichischen Fahrzeugindustrie*, im Auftrag des Fachverbands der Fahrzeugindustrie, 2022
- Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung ISI in Karlsruhe: Krail, Michael et. al. (2019): *Energie- und Treibhausgaswirkungen des automatisierten und vernetzten Fahrens im Straßenverkehr*, 2019
- Friedmann, Milton (1970): *The Social Responsibility of Business Is to Increase Its Profits*, in: New York Times, 13. September 1970
- Fukuyama, Francis (1992): *The end of history and the last man*, Simon and Schuster, 2006
- Goldmann, Wilhelmine (1990): *Industriepolitik in Österreich*, in: Wirtschaft und Gesellschaft – WuG, Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien, Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik, vol. 16(1), 1990
- Graeber, David (2018): *Bullshit jobs: Vom wahren Sinn der Arbeit*, Klett-Cotta Verlag, 2018

- Hayek, Friedrich August (1944): *Der Weg zur Knechtschaft*, Lau Verlag, 2011
- Hilpert, Markus; Kräusslich, Bernhard (2007): *Slowenien: Bericht über die wirtschaftliche Transformation regionaler und sektoraler Entwicklungspotenziale*, in: *Europa regional* 15.1 2007
- Hobsbawm, Eric (1995): *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Carl Hanser Verlag, 1995
- Huntington, Samuel P. (1991): *The third wave: Democratization in the late twentieth century*, University of Oklahoma Press, 1993
- Huwe, Vera; Frick, Marc (2020): *Warum gute Klimapolitik über den Emissionshandel hinausgehen muss*, auf dem Blog Exploring Economics: <https://www.exploring-economics.org/de/entdecken/warum-gute-klimapolitik-ueber-den-emissionshandel/>
- IWF: Rowthorn, Robert; Ramaswamy, Ramana (1997): *Deindustrialization: Its causes and implications*, Economic Issues No 10, International Monetary Fund, 1997
- Kapeller, Jakob et. al (2015): *Von freien zu zivilisierten Märkten. Ein New Deal für die europäische Handelspolitik*, Österreichische Gesellschaft für Europapolitik, Policy Brief 5' 2015
- Konrad-Adenauer-Stiftung: Cernicky, Jan (2022): *Das weltgrößte Freihandelsabkommen RCEP tritt in Kraft*, Analysen und Argumente, Nr. 473/Januar 2022
- Krämer, Hagen; Brandt, Arno (2022): *Die sozial-ökologische Transformation: Leitlinie einer zukunftsfähigen Innovationspolitik in Baden-Württemberg*, Friedrich-Ebert-Stiftung, Oktober 2022
- Kronberger Kreis: Feld, Lars P. et al. (2020): *Kein Rückzug in die Festung Europa!*, Kronberger Kreis-Studien No. 66, 2020
- Krugman, Paul (1994): *Competitiveness: A Dangerous Obsession*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 73, Nr. 2, 1994
- Krugman, Paul (1997): *The age of diminished expectations: US economic policy in the 1990s*, MIT Press, 1997
- Lamont, Michèle (2002): *The dignity of working men: Morality and the boundaries of race, class, and immigration*, Harvard University Press, 2002
- Land, Rainer (1992): *Fordismus plus Planwirtschaft. Das gescheiterte Projekt einer staatssozialistischen Wirtschaftsentwicklung*, in: Brie, Michael; Böhlke, Ewald: „Rußland wieder im Dunkeln“, Aufbau Taschenbuch Verlag, 1992
- Land, Rainer (2011): *Zur Unterscheidung zwischen Wirtschaftswachstum und wirtschaftlicher Entwicklung*, in: Thomas, Michael (Hrsg.): *Transformation moderner Gesellschaften und Überleben in alten Regionen*, LIT Verlag, 2011
- Leser, Norbert (1988): *Das Salz der Gesellschaft*, Orac Verlag, 1988
- Lipietz, Alain (1987): *Mirages and miracles*, Verso Verlag, 1987
- Marterbauer, Markus; Schürz, Martin (2022): *Angst und Angstmacherei: Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht*, Paul Zsolnay Verlag, 2022
- Martin, Hans-Peter; Schuhmann, Harald (1996): *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*, Rowohlt, 1996
- Mazzucato, Marianna (2014): *Das Kapital des Staates: Eine andere Geschichte von Innovation und Wachstum*, Verlag Antje Kunstmann, 2014
- Mazzucato, Mariana; Rodrik, Dani (2023): *Industrial Policy with Conditionalities. A Taxonomy and Sample Cases*, UCL Institute for Innovation and Public Purpose, Working Paper, September 2023
- Merkel, Angela (2011) in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*: <https://www.blaetter.de/dokumente/wir-werden-wege-finden-die-parlamentarische-mitbestimmung-so-zu-gestalten-dass-sie-trotzdem-auch>
- Milner, Helen; Kubota, Keiko (2005): *Why the move to free trade? Democracy and trade policy in the developing countries*, in: *International organization* 59.1, 2005

- Nordhaus, William (2015): *Climate clubs: Overcoming free-riding in international climate policy*, in: American Economic Review 105.4, 2015
- Pickett, Kate; Wilkinson, Richard (2012): *Gleichheit ist Glück: Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind*, Haffmans & Tolkemitt, 2012
- Plehwé, Dieter (2020): *Neoliberalismus und Rechtspopulismus Wie ähnlich sind sich die Ideologien?*, in: Tagungsbericht der Akademie für Politische Bildung Tutzing, <https://www.apb-tutzing.de/news/2020-01-09/neoliberalismus-und-rechtspopulismus>
- Prausmüller, Oliver (2023): „Investment Screenings“ in der Permakrise. Grenzen und Widersprüche des geökonomisierten Staatsinterventionismus, in: Kurswechsel 3/2023
- Reinhart, Carmen; Rogoff, Kenneth (2008): *Banking crises: An equal opportunity menace*, National Bureau of Economic Research, Working Paper 14587, 2008
- Rodrik, Dani (1992): *The rush to free trade in the developing world: Why so late? Why now? Will it last?*, National Bureau of Economic Research, Working Paper 3947, 1992
- Rodrik, Dani (2018): *Populism and the economics of globalization*, in: Journal of International Business Policy, Palgrave Macmillan, Vol. 1(1), Juni 2018
- Sandel, Michael J. (2020): *Vom Ende des Gemeinwohls: Wie die Leistungsgesellschaft unsere Demokratien zerreißt*, S. Fischer Verlag, 2020
- Schmalz, Stefan (2022): *Soziologie der Deglobalisierung*, Editorial in: Berliner Journal für Soziologie, 32/3, 2022
- Schmidt, Christoph M.; Wörner, Johann-Dietrich (Hrsg.) (2022): *Sicherheit, Resilienz und Nachhaltigkeit*, acatech Impuls, 2022
- Schumpeter, Joseph A. (1942/2005): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, A. Francke Verlag, 2005
- Sickinge, Hubert (2006): *Starker Klientelismus – mäßige Korruption: Ein österreichisches Paradoxon?*, in: Nell, Verna; Schwitzgebel, Gottfried; Vollet, Matthias (Hrsg.): *Korruption im öffentlichen Raum: Ein internationaler Vergleich*, Deutscher Universitätsverlag, 2006
- Siebert, Horst (1996): *On the concept of locational competition*, Kiel Working Paper No. 731, Institut für Weltwirtschaft (IfW), 1996
- Sinn, Hans-Werner (1997): *Kapitalbeteiligung und Lohndifferenzierung: ein Vorschlag zur Lösung der Beschäftigungskrise*, Sonderdruck aus: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 30. Jg./1997
- Sozialistische Partei Österreichs (1978): *Das neue Programm der SPÖ*, SPÖ Zentralsekretariat, 1978
- Turnheim, Georg (Hrsg.) (2009): *Österreichs Verstaatlichte: Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der österreichischen Industrie von 1918 bis 2008*, Manz Verlag, 2009
- Veblen, Thorstein (1899/2007): *Theorie der feinen Leute*, Fischer Taschenbuch Verlag, 2007
- Walter, Franz (2011): *Die starken Arme legen keine Räder mehr still*, in: Klatt, Johanna; Walter, Franz: *Entbehrliche der Bürgergesellschaft? Sozial Benachteiligte und Engagement*, Transcript Verlag, 2011
- Weber, Fritz (2011): *Verstaatlichung und Privatisierung in Österreich 1946–1986*, in: Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 34. JG, Heft 2, 2011
- Werner-Lobo, Klaus; Weiss, Hans (2003): *Das neue Schwarzbuch Markenfirmen. Die Machenschaften der Weltkonzerne*, Deuticke Verlag, 2003
- Wifo (2022): Reinstaller, Andreas; Meyer, Ina; Peneder, Michael (2022): *Transformation zur Kreislaufwirtschaft. Leistungsfähigkeit, industrie- und FTI-politische Förderung*, 2022



NIKOLAUS KOWALL

ist Ökonom und politischer Aktivist. Seit 15 Jahren in der SPÖ. Er ebnete zuletzt Andreas Babler den Weg zur Kandidatur zum SPÖ-Chef. Wissenschaftlich landete Kowall nach Stationen in Düsseldorf und Berlin schließlich als Hochschullehrer an der FH des BFI Wien. Der Ökonom versucht die Sozialdemokratie auch inhaltlich zu entstauben und weiterzudenken, ohne dabei an den Grundwerten zu rütteln.

ISBN 978-3-218-01434-2

Copyright © 2024 by Verlag Kremayr & Scheriau GmbH & Co. KG,

Wien

Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung, Grafiken und Typografie: buchgestaltung.at

Lektorat: Barbara Köszegi

Herstellung: vielseitig.co.at

Druck und Bindung: Grafički zavod Hrvatske d.o.o